

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, des Schulinspektors und des Stadtrats zu Bischofswerda beiderseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkassa Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 1,10, beim Abholer in der Geschäftsstelle wöchentlich 4 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verlegerischer Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Wählzeile 10 Pfg., dreiseitige 15 Pfg., im Textfeld die 90 mm breite Wählzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 39

Dienstag, den 16. Februar 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Der Reichstag ist nunmehr endgültig für den 23. Februar, 5 Uhr nachmittags einberufen worden.

Die deutsche Außenhandelsbilanz im Januar zeigt einen tatsächlichen Ueberschuß von 105 Millionen Mark.

Auf der Abfertigungskonferenz sprachen am Montag die Vertreter von Norwegen, Portugal, der Türkei und Hollands, die sämtlich ein Verbot der Angriffswaffen forderten.

Der braunschweigische Minister Klages demotiert die Meldung eines Berliner Monatsblattes, daß Hitler zum Professor an der Technischen Hochschule Braunschweig ernannt worden sei.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben abermals in Tokio gegen die Vererbung der internationalen Konzeptionszone in Schanghai als japanische Operationsbasis protestiert.

In verschiedenen spanischen Städten, u. a. in Sevilla, fanden Protestdemonstrationen gegen die Deportierung der politischen Gefangenen statt. In Barcelona explodierten mehrere Bomben. 60 Personen wurden verletzt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Nach Hindenburgs Annahme.

Nachdem die Erklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er die ihm vom Wahl-Kommission angetragene Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl annehmen werde, in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, ließ sich ein genaues Bild über den Kampfweg zur Präsidentenwahl gewinnen. Die Parteien und sonstigen Gruppen der nationalen Opposition lehnen unter den obwaltenden Umständen die Wiederwahl Hindenburgs ab. Eine entsprechende Erklärung der deutschnationalen Volkspartei ist schon veröffentlicht. Das gleiche gilt für die Nationalsozialisten und den Stahlhelm, der am Sonntagabend dem Reichspräsidenten noch einmal ein mittelloses, daß der gesamte Bund zum Einmarsch für den Generalfeldmarschall von Hindenburg bereit sei, wenn eine ausreichende, sichtbare Vorauslegung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Nachdem Staatssekretär Reikner, der die Stahlhelmschaft an Hindenburg entgegengenommen hatte, jede Verhandlung ablehnte, erklärt der Stahlhelm nunmehr, daß die Bedingung nicht erfüllt sei und er freie Hand habe. Der Führer des Kyffhäuserbundes, General Horn, tritt für die Wahl Hindenburgs ein, aber der Kyffhäuserbund besteht zu drei Vierteln aus Hitler- und Hugenbergleuten, die der Parole nicht folgen werden.

Die Haltung der übrigen Parteien ist im großen und ganzen klar. Auf die Gruppen der rechten Mitte wird es zahlenmäßig nicht allzusehr ankommen, da sie an Bedeutung ständig verloren haben. Für das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und, soweit noch vorhanden, die Staatspartei, liegt die Entscheidung für Hindenburg eindeutig fest. Die Sozialdemokratie will für Hindenburg als das kleinere Übel stimmen, um dadurch, wie der „Vorwärts“ betont, einen Keil in die nationale Rechte zu treiben.

Wie die Verhältnisse sich innerhalb der sogenannten Harzburger Front entwickeln werden, steht noch nicht fest. Das Geschick des Handels auf der rechten haben unzweifelhaft die Nationalsozialisten an sich gerissen. Die deutschnationalen stehen zwischen den beiden Fronten. Auch sie müssen sich entscheiden. Bis zu einem gewissen Grade haben sie es zwar schon getan, aber die Frage ist jetzt, ob sie den Nationalsozialisten, die auf ihrem Kandidaten bestehen, bedingungslos folgen werden oder nicht. Eine eigene Kandidatur oder sonst eine Stellung mit Vorbehalten zwischen den Fronten wäre sehr bedenklich. Es würden sich dadurch der Gefahr aussetzen, zerrieben zu werden. Die Entscheidung darüber wird in der Sitzung des Parteivorstandes fallen. Es ist nicht zu erwarten, daß man sich mit Haut und Haaren der Führung Hitlers überantworten wird.

Die Nationalsozialisten haben, nachdem sie sich einmal entschlossen hatten, durchaus folgerichtig gehandelt. Ihre Führer sind sich bewußt, daß es gegen Hindenburg um einen großen Einsatz geht. Es ist ein Feldzugs- und Werbeplan entworfen worden, der alles bisher dagewesene in Schatten stellen soll. Auch soll unseres Wissens die Parole ausgegeben worden sein, daß für diese Rechte zum ersten Male Schulden gemacht werden dürfen. Wahrscheinlich wird unter diesen Umständen Hitler schon im ersten Wahlgang auftreten, da eine Jählandkandidatur Dr. Feil wenig Aussicht auf Erfolg böte. Wie es auch ausgehen mag — und es wäre sicherlich besser, man wäre in der Wilhelmstraße nicht gar so optimistisch — die Nationalsozialisten werden auch im Falle, daß sie unterliegen, ihre Eroberungen innerhalb der Harzburger Front fortsetzen. Alles in allem freilich, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Rechte als Ganzes nicht unbeschädigt aus diesem Kampfe geht. Das ist die Tragik die-

es Wahlkampfes, die Hindenburgs Kandidatur eine besondere Note gibt. Auch der Kanzler wird eine solche Entwicklung nicht begrüßen, zumal sich im Lager der billig triumphierenden Linken allmählich wieder jene finsternen Gestalten in den Vorbergründen drängen, die immer dann erscheinen, wenn die unheilvollen Parteienwühlereien im Innern Deutschlands zur Aufnahme des Widerstandes nach außen zwingen. Die Rechte hat das große Verdienst, allein durch ihr Vorhandensein, die Französlinge auf der Linken in Schach gehalten zu haben. Die Linke wittert Morgenluft, weil sie eine entscheidende Schlange der Rechten erwartet. Es ist jetzt noch nicht die Zeit, den Schuldigen zu suchen, der die Verantwortung trägt für diese gefährliche Entwicklung, aber man kann schon jetzt sagen, daß die Parteitwirlschaft ein gerilltes Maß voll Schuld hat.

Wir gehen einem kurzen, aber um so heftigeren Wahlkampf entgegen. Man kann jetzt nur noch wünschen, daß er mit einem Mindestmaß von persönlicher Gehässigkeit und politischer Beschöpfung geführt wird. Denn unser Vaterland ist von deuteglerigen Nachbarn umgeben, die auf eine Gelegenheit warten.

2,8 Millionen Eintragungen für Hindenburg.

Berlin, 15. Febr. Am frühen Abend belief sich die Zahl der bisher dem Hindenburgauschuß gemeldeten Eintragungen auf 2.800.000. Auch jetzt noch fehlen aus mehreren Orten, vor allem aus zahlreichen Landgemeinden, abschließende Meldungen.

Die Liste von Verbänden, Organisationen, Gruppen und Personlichkeiten, die sich für die Wiederwahl Hindenburgs ausgesprochen haben, umfaßt u. a. folgende Namen: Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks, Jungdeutscher Orden, Reichsleitung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Bayerischer Heimatschutz (Führer Vorsteher Dr. Eiserich), Evangelischer Volksdienst, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener (Vorsteher Frhr. v. Berner), Volkstotenvereine (Vorsteher Mannheim), Landwirtschaftliche Bezirksvereinigungen (Vorsteher Graf v. Reichenhall, Markburger Hochschullehrerschaft, Generalsekretär Graf v. Reikner, Technische Hochschule zu Braunschweig, Hochschullehrerschaft der Universität Halle-Wittenberg, Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Volkstotenvereine Vereinigung zu Berlin, Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei.

Der Reichsmarschall v. Berg-Neukirch hat seine Unterschrift wieder zurückgezogen.

Die Absage der Deutschnationalen.

Berlin, 15. Februar. (Eigene Meldung.) Die deutschnationale Volkspartei teilt mit:

Die Kandidatur des Feldmarschalls v. Hindenburg ist Aufgabe geworden. Seitens der Regierung Drängung sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen. Mit verdächtigter Geschäftigkeit hat die Einheitsdemokratie die Hindenburg-Kandidatur betreiben. Beides hat nicht nur dem Namen des Feldmarschalls, sondern auch dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Wir bedauern diese Entwicklung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die Geschichte Deutschlands zu meistern. Der Kampf gegen dieses System ist das oberste Gebot wirklicher nationaler Politik. Hinter dies Gebot müssen auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Tannenberg empfinden. Das Weimarer System, verhärtet durch die schwarz-roten Parteien, versucht dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls v. Hindenburg als Schachfigur ihrer zusammenbrechenden Macht auszunutzen. Aus ihrer Hand nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. Diese Lage der Dinge macht es uns jetzt unmöglich, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten v. Hindenburg abzugeben. Die deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Verhältnisse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen.

Der Parteivorstand der deutschnationalen Volkspartei ist auf Mittwoch, den 17. Februar, einberufen worden.

Endgültige Absage des Stahlhelms.

Berlin, 15. Februar. Die Presseabteilung des Bundesauschusses des Stahlhelms teilt mit: Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand. Der General von Horn war nicht ermächtigt, im Namen des Stahlhelms zu sprechen.

Hierzu erklärt General von Horn, daß er überhaupt nicht im Namen des Stahlhelms gesprochen habe. Das geht auch aus der amtlichen Mitteilung hervor, in der ausdrücklich festgestellt wird, der General habe dem Reichsprä-

sidenten „erneut das Vertrauen und die Treue der im Kyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck gebracht.“

Die Kundgebung des Generals Horn.

Der Präsident des Kyffhäuserbundes General a. D. v. Horn erläßt eine Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl, in der er von der Annahme der Kandidatur durch Generalfeldmarschall v. Hindenburg Kenntnis gibt und u. a. sagt:

„Ich rufe euch zu: Laßt die Parteitwirlschaft beiseite und handelt in reinem Kyffhäusergeist. Da ich als verantwortungsbewußter Führer und auf Wunsch der Organisation Stellung nehmen muß, so soll sie — erhoben über alles partipolitische Getriebe und unabhängig von jeder Partei und jedem Ausschuß, lediglich geleitet von dem Streben für das Wohl des Vaterlandes — lauten: Bewahren wir alten Soldaten unserem verehrten Ehrenpräsidenten das Vertrauen, das er verdient, und die Treue, die er uns gehalten hat! Verlassen wir unseren Hindenburg nicht!“

Erklärung der Vereinigten Vaterländischen Verbände.

Berlin, 15. Februar. Namens der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands hat Graf v. d. Colb folgende Erklärung erlassen: „Unser Kampf gilt dem Weimarer System als dem Hindernis jedes deutschen Wiederaufstieges. Wir stellen mit Bedauern fest, daß der Herr Reichspräsident allen Warnungen zum Trotz sieben Jahre lang im Sinne dieses Systems regiert hat. Er unterschrieb den Youngplan, die Quelle unseres Elends, unserer Ohnmacht und inneren Uneinigkeit. Es kann uns somit nicht zugemutet werden, daß wir noch einmal unsere Stimme dem Stifter dieses Systems geben. Wir werden den Kampf um die Präsidentschaft den Harzburger Beschlüssen gemäß gegen das System und gegen seinen Kandidaten führen für des Reiches innere und äußere Erhebung.“

Die Deutsche Volkspartei für die Wiederwahl Hindenburgs.

Berlin, 15. Februar. (Eigene Meldung.) Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat heute zur Erörterung der politischen Lage zusammen. Der Parteivorstand beschloß, alle Kräfte einzusetzen, damit Hindenburg mit überwältigender Mehrheit gewählt wird.

Telegramm des Abg. Goebbels an den Reichspräsidenten.

Berlin, 16. Februar. (Eigene Meldung.) Der Berliner Gauleiter der Nationalsozialisten, Dr. Goebbels, hat, der DAZ zufolge, an den Reichspräsidenten ein Telegramm geschickt, in dem er unter Hinweis auf die Redebeiträge gegen führende Nationalsozialisten an den Reichspräsidenten appelliert, einen durch Verbote nicht gehinderten Wahlkampf zu ermöglichen. Ein ähnliches Telegramm hat Dr. Goebbels auch an Reichsinnenminister Brüning geschickt.

Ein Aufruf Hitlers.

München, 16. Februar. Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ nachstehenden Aufruf:

Als letzter Versuch, das unheilvolle System zu retten, haben sich die in hoffnungsloser Minderzahl befindlichen Parteien der schwarz-roten Koalition entschlossen, den Generalfeldmarschall von Hindenburg zur Neuwahl des Reichspräsidenten vorzuschlagen. Damit soll die Politik des Zusammenbruchs, die ihre letzten Begründungen im Youngplan und den Notverordnungen gefunden hat, weiter fortgesetzt werden. Das nationale Deutschland wird darauf die einzig mögliche Antwort erteilen: Die nationalsozialistische Bewegung muß getreu ihrem Kampf gegen das System diese Kandidatur ablehnen. Die Stunde der Auseinandersetzung mit den Novembermännern ist damit gekommen. Wir bedauern, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg sich bewegen ließ, seinen Namen in diesem Kampfe zu verbrauchen.

München, 15. Februar. (Eig. Meldung.) Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. schreibt zur Kandidatur Hindenburgs in der nationalsozialistischen Parteipresse u. a.:

Es ist der feste Wille der nationalsozialistischen Bewegung, das System des 9. November 1918, mit dem wir immer der heulige Niedergang der deutschen Nation ver-

und Bautzen die einzige Station, auf der Streckenverkehr er- folgt. Auf Grund der Untersuchung gibt nun am 18. April 1932 das zuständige Gericht in Bautzen die Befreiung des Bauern Ebbrechtshausen, in Döberitz und Frankenthal im hiesigen Raumbau aus dem einjährigen Gefängnis zu erlassen. In dem hiesigen Raumbau wurde die hiesige Hauptverurteilung nicht in dem hiesigen Raumbau durchgeführt, weil die hiesige Hauptverurteilung nicht in dem hiesigen Raumbau durchgeführt wurde.